

Außenansicht

## Stasi-Überprüfungen endlich beenden

Der Umgang mit dem Eislauf-Trainer Ingo Steuer ist ein Skandal. Es ist jetzt an der Zeit, die Archive zu schließen.

Von Peter Gauweiler

Hätte man sie verbrennen sollen? Gut 174 Kilometer lang ist die Schlange aller Stasi-Papiere, wenn man sie hintereinander stapelt. Diese Schlange zu „ordnen und zu verschlagworten“ ist seit einigen Jahren Aufgabe der Bundesbeauftragten für den ehemaligen Staatssicherheitsdienst der DDR und ihrer Beamten. „Sie machen sie lebendig“, schreibt dazu die Berliner *tageszeitung*. Naja.

Spätherbst 1989, in der Woche nach dem Mauerfall: Ministerpräsident Max Streibl und sein Innenminister Edmund Stoiber hatten mich in den Bezirk Karl-Marx-Stadt geschickt, in meiner damaligen Eigenschaft als Bau-Staatssekretär. Es ging um eine schnellstmögliche Öffnung des Eisernen Vorhangs auch an der alten Zonengrenze zu Bayern. Wir hatten den Mächtigen dieses DDR-Bezirks, die alle noch im Amt waren, dafür die Wiederbelebung der seit dem Zweiten Weltkrieg abgeriegelten und halb abgebrochenen Handelsstraße von Hof nach Plauen vorgeschlagen, die in den vierzig Jahren des Kalten Krieges inzwischen wie ein verwünschtes Bauwerk zugewachsen war. Meine Gegenüber, allesamt SED-Leute, waren verstört und einigermaßen irritiert, als ich ihnen im Gespräch vorschlug, dass von sofort an ihr Straßenbaukombinat und unsere Autobahndirektion Nordbayern aufeinander zuzubauen – und zwar bei Tag und bei Nacht.

Es war die Zeit, da man aus der DDR-Fahne den Spalter-Kreis herauschnitt, Realsozialisten den Text der eigenen Hymne wieder entdeckten („einig Vaterland“) und fassungslos erkennen mussten, dass sie völlig nackt waren. Wir Bayern antworteten auf ihr angstvolles „Sind wir vernichtet?“ mit einem „So werdet ihr gerettet!“ Es war eine Ver-

handlung über das Auferstehen aus Ruinen, und auf den Gesichtern unserer Gegenüber war alles Honecker-Maskenhafte weggefallen. Dem Kommunismus hatte seine Stunde geschlagen, und wir wurden als Aufbauhelfer für ein europäisches Deutschland angesehen. Als Richter sahen wir uns nicht, was angesichts der erst zwei Jahre zurückliegenden bundesdeutschen Festessen „zu Ehren des Herrn Staatsratsvorsitzenden“ auch etwas merkwürdig gewesen wäre.

Was, wenn mir in diesen lichten Tagen des gesamtdeutschen Neuanfangs das Einzelschicksal des heute 39 Jahre alten Ingo Steuer vorausgesagt worden wäre? Der war damals junger Mitläufer des alten Regimes und wurde als 18-Jähriger in den ideologischen Ausforschungswahn des Ostberliner Wahrheitsministeriums verwickelt. Ganz im Brecht'schen Sinne: „Wer für den Kommunismus kämpft, hat von allen Tugenden nur eine – dass er für den Kommunismus kämpft“ („Die Maßnahme“). Dass also unser junger Mann nach der Wiedervereinigung ein besseres Leben würde beginnen können, sogar Stabsunteroffizier der Bundeswehr werden und herausragende sportliche Leistungen für Deutschland vollbringen würde – zu dieser Vorhersage hätten wir alle im Wendejahr erleichtert gesagt: „Na also!“

Wäre uns damals allerdings vorausgesagt worden, dass dieser junge Mann (zwischenzeitlich ein erfolgreicher Eiskunstlauf-Trainer geworden) im Januar 2006 vom Nationalen Olympischen Komitee unter öffentlicher Anprangerung in „Tagesschau“ und „heute“ aus dem deutschen Olympiakader ausgestoßen werden würde – nicht weil er sich in den fast 16 Jahren, die seit dem Mauerfall ins Land gegangen sind, etwas hätte zuschulden kommen lassen, sondern weil die Ber-

liner Vergangenheitsbeamten jetzt auch seine Stasi-Akte geordnet und verschlagwortet haben, und weil man im NOK es 16 Jahre nach dem Neuanfang für politisch korrekt hält, „Mannschaftsmitglieder und Betreuer auf Stasi-Kontakte prüfen zu lassen“ – uns wäre dies im Morgenschein der Einheit undenkbar, unvorstellbar und absolut verrückt vorgekommen. Das ist es auch noch heute.

Seit der Wende ist fast eine Generation vergangen. In unserem Rechtsstaat verjähren in dieser Zeit selbst schwerste Straftaten mit der einzigen Ausnahme von Mord und Völkermord. Das Grundgesetz verbietet jeden Zwang, sich selbst anklagen oder gar sich anprangern zu müssen, was unsere Grundordnung vom System des real existierenden Sozialismus unterscheidet. Es ist ein Ausdruck höchster Solidarität, sich von den Fehlern der Vergangenheit betroffen zu fühlen. Aber Betroffensein und aktives Bewältigen ist etwas anderes, als „wir“ zu sagen und anderen an die Brust zu schlagen oder ins Gesicht.

Eine Maßnahme, die wie gehabt nur getroffen wird, damit die Institution NOK gut da steht (über deren diverse Vergangenheiten auch einiges zu sagen wäre), hat kein ehrliches Bewältigungsziel, sondern einen ungunstigen Zweck. Was hier so offensichtlich propagandistisch geschieht, ist abstoßend.

*Peter Gauweiler war von 1986 bis 1994 Mitglied der bayerischen Staatsregierung und sitzt seit 2002 im Bundestag.*